



PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT DARF NICHT SCHEITERN – DJG FORDERT: LÄNDER MÜSSEN IHRE BLOCKADE BEENDEN.

TÜRKISMÜHLE-NOHFELDEN, 19.03.2026

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) schlägt Alarm: Der dringend benötigte Pakt für den Rechtsstaat 2.0 droht zu scheitern – und mit ihm die Zukunft einer funktionierenden Justiz in Deutschland. Während Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die Einigung blockieren, weil sie nur Richter und Staatsanwälte, aber keine Justizbediensteten in der Laufbahngruppe 1.2 finanzieren wollen, steht weit mehr auf dem Spiel als „nur“ Personalfragen: 210 Millionen Euro für die Digitalisierung der Gerichte, dringend benötigte Mittel für über 2.000 zusätzliche Stellen und die längst überfällige Modernisierung der Justiz hängen am seidenen Faden.^{1 2 3}

„Diese Blockadehaltung einzelner Länder ist unverantwortlich und kurzsichtig“, erklärt die DJG. „Wer den Pakt für den Rechtsstaat zu Fall bringt, gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats. Das können wir – die Bürgerinnen und Bürger – uns nicht leisten!“

Baden-Württemberg, Bayern und Hessen blockieren

Der 450-Millionen-Euro-Pakt für den Rechtsstaat 2.0 sollte den Ländern über vier Jahre hinweg Mittel für zusätzliche Stellen in Justiz und Staatsanwaltschaft sowie für unverzichtbare Digitalisierungsprojekte bereitstellen.^{4 5} Doch Baden-Württemberg, Bayern und Hessen stellen sich quer: Sie wollen ausschließlich Richter- und Staatsanwaltsstellen fördern – Beschäftigte im mittleren Dienst (Laufbahngruppe 1.2) seien angeblich nicht nötig.⁶

Diese Haltung ist realitätsfern und fatal. Ohne die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, ohne Urkundsbeamte und Justizbeschäftigte in der Laufbahngruppe 1.2 (mittlere Dienst) bricht das System zusammen. Sie sind das Rückgrat der Justiz – sie bearbeiten Grundbuchverfahren, erteilen Erbscheine und halten den gesamten Gerichtsbetrieb am Laufen.

Doch die Blockade hat noch weitreichendere Folgen: Mit dem Scheitern des Pakts gehen auch 210 Millionen Euro für die Digitalisierung verloren.⁷ Projekte wie die bundeseinheitliche Justizcloud, das gemeinsame Justizportal und die überfällige Digitalisierung von Akten und Verfahren werden auf unbestimmte Zeit verzögert.^{8 9} Während wohlhabende Länder wie Hessen eigene Wege gehen und KI-gestützte Justiz-Systeme einführen, drohen ärmere Bundesländer weiter mit Papierakten zu kämpfen.¹⁰

NRW zeigt: Ohne Pakt-Mittel droht Stellenstopp

Die Dramatik wird am Beispiel Nordrhein-Westfalen deutlich: Nur durch die Aussicht auf die Mittel aus dem Pakt für den Rechtsstaat konnte 2025 verhindert werden, dass im Haushaltsjahr 2026 Stellen in der Justiz gesperrt werden.¹¹ Die Personaldecken in Gerichten und Staatsanwaltschaften sind bereits jetzt ausgedünnt – über 240.000 offene Verfahren, mehr als 100 Überlastungsanzeigen, wachsende Krankenstände und hohe Fluktuation belegen das strukturelle Defizit.¹²

„Wenn der Pakt scheitert, bedeutet das für viele Bundesländer: Einstellungsstopp, Stellensperrungen, Verschleppung dringender Digitalisierungsmaßnahmen“, warnt die DJG. „Das ist der direkte Weg in die Überlastung und den Kollaps.“

Justiz ist mehr als Strafverfahren

In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert ein Bild: überlastete Strafgerichte, verzögerte Verfahren, Schlagzeilen über tausende unbearbeitete Strafsachen. Das ist nicht falsch – aber es ist nur die halbe Wahrheit. Die Überlastung betrifft die gesamte Justiz. Besonders dramatisch ist die Situation in den Grundbuch- und Nachlassabteilungen der Amtsgerichte.

1 Deutschlandfunk. (2026, January 17). Hessen will keine Pakte mit dem Bund mehr. <https://www.deutschlandfunk.de/hessen-will-keine-pakte-mit-dem-bund-mehr-102.html>
2 Deutsche Justiz-Gewerkschaft. (2025, December 7). Uneinigkeit zwischen Bund und Ländern. https://djg.de/bund_zm/uneinigkeit-zwischen-bund-und-laendern/
3 Ad-hoc-news. (2025, December 7). Richterbund warnt: Digitalisierungs-Pakt für Justiz droht zu scheitern. <https://www.ad-hoc-news.de/boerse/ueberblick/richterbund-warnt-digitalisierungs-pakt-fuer-justiz-droht-zu-scheitern/68412077>
4 Deutsche Justiz-Gewerkschaft. (2025, December 7). Uneinigkeit zwischen Bund und Ländern. https://djg.de/bund_zm/uneinigkeit-zwischen-bund-und-laendern/
5 Bundesrechtsanwaltskammer. (2025, January 29). Digitalgipfel der Justizministerinnen und -minister erneuert Kooperation. <https://www.brak.de/newsroom/newsletter/nachrichten-aus-berlin/2025/ausgabe-12-2025-v-1362025/>
6 Deutschlandfunk. (2026, January 17). Hessen will keine Pakte mit dem Bund mehr. <https://www.deutschlandfunk.de/hessen-will-keine-pakte-mit-dem-bund-mehr-102.html>
7 Ad-hoc-news. (2025, December 7). Richterbund warnt: Digitalisierungs-Pakt für Justiz droht zu scheitern. <https://www.ad-hoc-news.de/boerse/ueberblick/richterbund-warnt-digitalisierungs-pakt-fuer-justiz-droht-zu-scheitern/68412077>
8 Bundesrechtsanwaltskammer. (2025, January 29). Digitalgipfel der Justizministerinnen und -minister erneuert Kooperation. <https://www.brak.de/newsroom/newsletter/nachrichten-aus-berlin/2025/ausgabe-12-2025-v-1362025/>
9 Bayerisches Staatsministerium der Justiz. (2025, November 6). Bund-Länder-Digitalgipfel der Justizministerinnen und -minister. <https://www.justiz.bayern.de/presse-und-medien/pressemitteilungen/archiv/2025/132.php>
10 Ad-hoc-news. (2025, December 7). Richterbund warnt: Digitalisierungs-Pakt für Justiz droht zu scheitern. <https://www.ad-hoc-news.de/boerse/ueberblick/richterbund-warnt-digitalisierungs-pakt-fuer-justiz-droht-zu-scheitern/68412077>
11 Landtag NRW. (2025). Deutsche Justiz-Gewerkschaft – Stellungnahme Haushalt 2026. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-3005.pdf>
12 Vgl. ebenda



Wartezeiten von drei bis zwölf Monaten auf die Eröffnung eines Testaments oder die Erteilung eines Erbscheins sind keine Seltenheit mehr.¹³ Bei Grundbuchverfahren häufen sich Verzögerungen, die Bürgerinnen und Bürger im Alltag massiv belasten, z.B.:

- Kontensperrungen: Ohne Erbschein bleiben Bankkonten von Verstorbenen monatelang gesperrt – Erben kommen nicht an ihr Geld, können keine Bestattungskosten begleichen, keine Rechnungen bezahlen.
- Handlungsunfähigkeit bei Immobiliengeschäften: Fehlende Grundbuchauszüge oder verzögerte Grundbucheinträge blockieren Verkäufe, Finanzierungen und Erbauseinandersetzungen – mit erheblichen finanziellen Schäden.
- Unternehmerische Lähmung: Bei erbrechtlichen Nachfolgefällen in Unternehmen können wichtige Entscheidungen nicht getroffen werden – Betriebe stehen still.

„Diese Verzögerungen sind keine Petitesse – sie führen zu Kostenfallen, existenziellen Nöten und blanker Verzweiflung bei den Betroffenen“, betont die DJG. „Und sie zerstören das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat.“

Vertrauensverlust in den Staat dramatisch

Der dbb beamtenbund hat in einer Bürgerbefragung 2025 einen dramatischen Vertrauensverlust festgestellt: Nur noch 23 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten den öffentlichen Dienst für handlungsfähig und in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit ist seit dem Höchststand 2020 (56 Prozent) kontinuierlich gesunken und befindet sich auf einem Rekordtief.^{14 15 16}

„Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit ihres Staates ist auf einen neuen Tiefpunkt gesunken“, warnte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer.¹⁷ Die Frustration über gefühlte Handlungsunfähigkeit, unzureichende Dienstleistungen, modernisierungsbedürftige Einrichtungen und marode Infrastruktur führt zu einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Justiz ist Betroffene dieses Vertrauensverlusts. Wenn Bürgerinnen und Bürger monatelang auf Erbscheine warten, wenn Grundbuchverfahren verschleppt werden, wenn Strafverfahren sich endlos hinziehen – dann verliert der Rechtsstaat seine Glaubwürdigkeit. Und das hat Folgen: Die Hälfte aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde bereits bei ihrer Tätigkeit behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen.¹⁸

DJG: Jetzt handeln – Rechtsstaat retten!

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert von Bund und Ländern sofortiges und entschlossenes Handeln:

- 1. Pakt für den Rechtsstaat 2.0 unverzüglich beschließen!** Baden-Württemberg, Bayern und Hessen müssen ihre Blockadehaltung aufgeben. Der Pakt muss alle Beschäftigten einschließen – vom mittleren Dienst bis zu Richtern und Staatsanwälten. Ohne die Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftsstellen, Grundbuch- und Nachlassabteilungen bricht das System zusammen.
- 2. Digitalisierungsmittel sichern – jetzt!** Die 210 Millionen Euro für Digitalisierungsprojekte dürfen nicht verloren gehen. Bundesweit einheitliche Justizcloud, gemeinsames Justizportal, digitale Aktenführung – das sind keine Luxusprojekte, sondern Voraussetzungen für eine funktionsfähige Justiz im 21. Jahrhundert.
- 3. Stellen schaffen statt sperren!** Die Länder dürfen keine Stellen in der Justiz sperren oder streichen. Im Gegenteil: Es braucht zusätzlichen Personalaufbau in allen Bereichen – von den Strafgerichten über Zivilverfahren bis zu Grundbuch und Nachlass. Nur so kann die Überlastung bekämpft werden.
- 4. Personalmangel in Grundbuch- und Nachlassabteilungen ernst nehmen!** Die mediale und politische Aufmerksamkeit muss sich erweitern: Nicht nur Strafverfahren sind betroffen – auch Grundbuch- und Nachlassverfahren leiden unter dramatischem Personalmangel. Hier entstehen existenzielle Nöte für Bürgerinnen und Bürger, die den Rechtsstaat täglich erleben wollen.

Jetzt entscheidet sich die Zukunft des Rechtsstaats

„Wir stehen am Scheideweg“, warnt die Deutsche Justiz-Gewerkschaft. „Entweder die Politik besinnt sich jetzt auf ihre Verantwortung für den Rechtsstaat – oder wir schlittern in eine Krise, die Jahrzehnte nachwirken wird.“

Der Pakt für den Rechtsstaat ist mehr als ein Finanzierungsinstrument. Er ist ein politisches Bekenntnis zur Funktionsfähigkeit der Justiz, zur Modernisierung des Rechtsstaats und zur Wertschätzung der Menschen, die täglich für Recht und Gerechtigkeit arbeiten. Die Blockade muss enden. Die Mittel müssen fließen. Die Beschäftigten müssen fair bezahlt werden. Und die Digitalisierung muss endlich Fahrt aufnehmen. Sonst wird aus dem Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger ein vollständiger Vertrauensbruch – mit unabsehbaren Folgen für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Beatrix Schulze
Bundesvorsitzende
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
E-Mail: b.schulze@djg-bund.de
Mobil: 0176 20980103

Klaus Plattes
Bundesvorsitzender
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
E-Mail: k.plattes@djg-bund.de
Mobil: 0179 5900830

¹³ Rechtsanwältin GSP. (2025, April 9). Nachlassgerichte unter Druck: Die Problematik der langen Wartezeiten. <https://rechtsanwaeltin-gsp.de/2025/04/09/nachlassgerichte-unter-druck-die-problematik-der-langen-wartezeiten/>
¹⁴ Zeit Online. (2025, September 3). Deutsche verlieren Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-09/buergerbefragung-vertrauen-staat-deutscher-beamtenbund>
¹⁵ dbb beamtenbund und tarifunion. (2023, August 14). Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit auf Tiefpunkt. <https://www.dbb.de/artikel/vertrauen-in-staatliche-handlungsfaeigkeit-auf-tiefpunkt-gewaltbereitschaft-steigt.html>
¹⁶ Evangelisch.de. (2025, September 2). Umfrage: Drei Viertel halten Staat und Behörden für überfordert. <https://www.evangelisch.de/inhalte/247164/03-09-2025/umfrage-drei-viertel-halten-staat-und-behoerden-fuer-ueberfordert>
¹⁷ Vgl. ebenda
¹⁸ Zeit Online. (2025, September 3). Deutsche verlieren Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-09/buergerbefragung-vertrauen-staat-deutscher-beamtenbund>